

Antrag zur Kreistagssitzung am 25.09. 2023

Beschlussvorschlag :

Energieversorgung ist ein elementarer Bestandteil der menschlichen Existenzsicherung

Beschlussvorschlag :

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf, in Verhandlungen mit den lokalen Hauptstromanbietern Entega, Mainova und der GGEW darauf hinzuwirken, dass bei vorgesehenen Stromsperren vorerst eine Mediationsabteilung der Kreisverwaltung Darmstadt Dieburg informiert wird. Und zwar insbesondere bei Grundsicherungs-, Wohngeld- und Bürgergeldempfängern, ferner bei Empfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz des Amtes für Soziales.

Diese Mediationsabteilung gegen Stromsperren ist umgehend mit entsprechendem Personal zu besetzen.

2. Die Mediationsabteilung des Landkreises prüft, ob die vom Gesetzgeber zum 1.1.2021 eingeführte Schutzvorschrift zur Sperrung von Energielieferungen eingehalten wurde, darüber hinaus ob sich die drohende Stromsperre durch verwaltungstechnische Maßnahmen oder durch schnelle Gewährung eine Stromdarlehens (§ 22 Abs 8 SGB II) verhindern lässt.

3. Die Mediationsabteilung steht in direktem Kontakt mit den Abteilungen, die für Stromsperren und deren Abwicklung zuständig sind.

4. Die Bearbeitungszeit pro Stromsperre beträgt maximal 2 Wochen.

Begründung:

Stromschulden und Stromsperren sind im Landkreis Darmstadt Dieburg kein Randphänomen.

Spätestens nach der Kriegseskalation 2022 in der Ukraine und der Sprengung von Gasleitungen in der Ostsee steigen die Gas- und Energiepreise in bislang nicht bekannter Weise. Damit einher steigt auch die Zahl der Stromsperren.

Bei 234.926 Kunden wurde deutschlandweit 2021 die Stromversorgung wegen nicht gezahlter Rechnung tatsächlich unterbrochen, dies ein Anstieg von zwei Prozent gegenüber 2020 (230.015 Fälle).

Die Tendenz ist besorgniserregend und muss auch im Landkreis Darmstadt Dieburg zur Kenntnis genommen und behoben werden.

Wobei es deutschlandweit 4 Mio. Androhungen von Unterbrechungen gab.

Die hohe Zahl der Androhungen zeigt, dass sehr viele Haushalte - auch im Landkreis Darmstadt Dieburg - Zahlungsprobleme haben. Oft ist Einkommensarmut bei Bezieher/innen von Grundsicherung die Ursache, der Kreistag Darmstadt Dieburg sollte dem nicht länger tatenlos zuschauen.

Der deutsche Sozialstaat, stellvertretend Kommunal- und Kreisverwaltung, ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gefordert, eine Versorgung der Haushalte - viele mit Kindern - sicher zu stellen, die den Kriterien der Menschenwürde entspricht, und das ist derzeit nicht der Fall.

Bei Menschen in armutsnahen Lebenslagen muß der Sozialstaat auf das erhöhte Überschuldungsrisiko deutlich reagieren und ausgleichend handeln.

In SGB 1 ist soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit angemahnt. Die Energieversorgung muss als Teil der Daseinsvorsorge begriffen werden, der starke öffentliche Verantwortung erfordert.

Die fraktionslose Linke bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

mit freundlichen Grüßen
Werner Bischoff
fraktionslose Linke